



# KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung  
vom 2. April 2014

## Aus Berlin

---

### Feldmann: Gesundheitsreport ist kein fundierter Beitrag zur Wartezeitendiskussion

KBV-Vorstand Dipl.-Med. Regina Feldmann hat die Ergebnisse des Gesundheitsreports des Instituts für Demoskopie Allensbach stark kritisiert. „In dieser Studie vermisse ich konkrete Zahlen. Denn die Länge der Wartezeit ist eine sehr subjektive Empfindung. Menschen auf dem Land, wo vieles mit höherem Aufwand verbunden ist, schätzen Wartezeiten häufig weniger dramatisch ein als Menschen in der Großstadt“, sagte Feldmann. Die repräsentative [Versichertenbefragung der KBV](#) im vergangenen Jahr habe gezeigt, dass die Versicherten grundsätzlich mit der Terminalsituation zufrieden sind. „In Einzelfällen gibt es auch mal Probleme bei den Wartezeiten, die gelöst werden müssen. Doch grundsätzlich sind die Patienten mit dem deutschen Gesundheitssystem sehr zufrieden.“ Die Studie wurde im Auftrag des Finanz- und Vermögensberaters MLP erstellt. Demnach äußerten gesetzlich versicherte Patienten mit 57 und 69 Prozent deutlich häufiger Unzufriedenheit über die Terminvergabe als privat versicherte Patienten mit 33 Prozent.

[Pressemitteilung der KBV, 1. April](#)

[Pressemitteilung von MLP, 1. April](#)

## Aus KBV und KVen

---

### KBVMesse: Qualität im Fokus

Auf der Versorgungsmesse der KBV vom 26. bis 28. März stand das Thema Qualität im Fokus. Rund 50 Projekte präsentierten ihre Qualitätsinitiativen und Versorgungsangebote. Darüber hinaus gab es 14 Fachforen und sechs Podiumsdiskussionen zu den Themen Qualität, Kooperation und Gestaltung von Versorgungsstrukturen. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) kam zur Eröffnung der Ausstellung und sah sich im anschließenden Rundgang mehrere Projekte an.

[Berichterstattung und Fotos der KBVMesse 2014](#)

### KV und Kassen in Niedersachsen fördern Niederlassungen

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Niedersachsen und die Krankenkassen wollen das bisherige Programm der Landesregierung zur Niederlassungsförderung unterstützen. Insgesamt steuern die Parteien der Selbstverwaltung 680.000 Euro für den neuen Niedersachsenfonds bei. KV und Krankenkassen zahlen jeweils 340.000 Euro. Bisher hatte die niedersächsische Landesregierung den Gesamtbetrag in Höhe von einer Million Euro jährlich allein bereitgestellt. Ärzte und Psychotherapeuten, die sich für eine Praxisgründung in einer unterversorgten Region im Bundesland entscheiden, erhalten einen Investitionskostenzuschuss von bis zu 50.000 Euro pro Zulassung beziehungsweise Anstellung. Den Verwaltungsaufwand der Finanzierung übernimmt die KV.

[Pressemitteilung der KV Niedersachsen, 31. März](#)

### Arzneimittelinitiative in Sachsen und Thüringen gestartet

In Sachsen und Thüringen ist am 1. April 2014 die Arzneimittelinitiative ARMIN angelaufen. Damit wird erstmals das ABDA-KBV-Modell erprobt, das die Qualität der Arzneimittelversorgung steigern und die Richtgrößenprüfungen abschaffen soll. Das Ziel der Initiative ist, die Arzneimitteltherapiesicherheit und die Therapietreue zu erhöhen. Ab 1. Juli 2014 kommen die ersten beiden Module zum Einsatz. Die in ARMIN eingeschriebenen Ärzte und Apotheker können dann die Verordnung nach Wirkstoffen und den Medikationskatalog einsetzen. Ärzte sollen zukünftig überwiegend den Wirkstoff anstelle konkreter Präparate verschreiben. Über die Auswahl der Präparate eines bestimmten Herstellers entscheiden die Apotheker.

[Pressemitteilung der KBV, 27. März](#)

### Honorarplus für Vertragsärzte Rheinland-Pfalz

Das Honorar für Vertragsärzte und Psychotherapeuten steigt für das Jahr 2014 um 3,25 Prozent. Das teilten die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Rheinland-Pfalz und die Krankenkassen mit. Auch eine Anpassung des Punktwertes für ärztliche Leistungen wurde vorgenommen. Ebenfalls einigten sich beide Seiten auf eine Anpassung der Gesamtvergütung an die Krankheits- und Bevölkerungsentwicklung im Land. Der Ersatzkassenverband teilte mit, dass auch ein prozentualer Zuschlag für die Förderung der haus- und fachärztlichen Grundversorgung geben wird.

[Ärzte Zeitung, 1. April](#)

### KV Hamburg lehnt staatliche Wartezeiten-Regulierung ab

Die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Hamburg hat sich gegen eine staatliche Regulierung beim Überweisungsgeschehen in der ambulanten Versorgung ausgesprochen. Die Überweisung von Patienten an Fachärzte sei in Deutschland gut geregelt, teilte die KV mit. Zwei Drittel der Patienten erhielten innerhalb von drei Tagen einen Termin bei einem entsprechenden Facharzt. Die KV warnte vor einer unnützen Bürokratisierung, da ein höherer logistischer Aufwand zu erwarten sei. Nur durch eine Abkehr von Budgetierung und durch eine politisch gewollte Leistungsreduzierung sei eine Verbesserung beziehungsweise Verkürzung der Wartezeiten zu erreichen.

[Pressemitteilung der KV Hamburg, 28. März](#)

## Aus den Verbänden

---

### Psychotherapeuten befürworten KBV-Positionspapier

Die Deutsche Psychotherapeutenvereinigung (DPtV) begrüßt die Position der KBV zum Koalitionsvertrag. Zu vielen Punkten im KBV-Papier hat sich die Bundesvorsitzende der DPtV, Dipl.-Psych. Barbara Lubisch, positiv geäußert: „Insbesondere die Öffnung der KBV für eine Diskussion der Direktausbildung zum Psychotherapeuten ist ein großer Schritt für die Zukunft der psychotherapeutischen Versorgung in Deutschland.“ Weitere wichtige Punkte der Psychotherapeutenvereinigung sind die seit Jahren geforderte Entbürokratisierung des Gutachterverfahrens und die Förderung der Gruppenpsychotherapie. Auch diese Punkte sind im KBV-Positionspapier enthalten.

[Pressemitteilung der DPtV, 26. März](#)

[Positionspapier der KBV, 24. März](#)